

Den Krieg stoppen

Vorschläge aus der jugoslawischen Friedensforschung und der jugoslawischen Antikriegsbewegung (Zusammenfassung: Hans Holzinger)

Verhandlungen, Vermittlungsversuche, verkündete Waffenstillstandsabkommen, angedrohte Sanktionen, in Aussicht gestellte (oder angedrohte) "Anerkennung", in Aussicht gestellte UNO-Einheiten - soweit das bisherige Repertoire westeuropäischer Politik. Der Waffenstillstand hielt nie länger als Stunden, der Krieg dauert an. Als "Konsequenzen" zuletzt: Beschlossenes Wirtschaftsembargo der EG gegenüber Serbien und Montenegro, Konkretisierung der Anerkennungsversprechen für Slowenien und Kroatien durch Genscher und Mock ("noch vor Weihnachten"), Skepsis weiterhin bei anderen EG-Staaten (Frankreich, Großbritannien), zuletzt ein Wirtschaftsembargo der USA gegenüber Gesamt-Jugoslawien. Wir stellen die Frage: Welche Wege sehen VertreterInnen des "zivilen" Jugoslawien (jenseits der militärischen und politischen Eliten) für eine Beendigung des Krieges? Was halten sie für sinnvoll? Was erwarten sie von uns?

Ein inoffizieller Bericht der "Friedenskonferenz" auf Burg Schlaining (sh. Beitrag v. Truger), an der VertreterInnen unterschiedlicher jugoslawischer Republiken und aus der europäischen Friedensforschung zusammengearbeitet haben, enthält konkrete Vorschläge und Perspektiven.

Maßnahmen zur Erreichung eines Waffenstillstandes:

Skeptisch beurteilt werden Wirtschaftssanktionen, die einer kollektiven Bestrafung der Bevölkerung gleichkämen und moralischen Kriterien zuwiderlaufen. Betont wird die Möglichkeit *positiver Maßnahmen*: In-Aussicht-Stellung wirtschaftlicher Hilfe an jene Parteien, die sich um einen Waffenstillstand bemühen. Betont wird die Wichtig-

keit der Kooperation mit einzelnen Gemeinden und Städten, wobei die Bedürfnisse der Menschen dieser Einheiten zu eruieren sind. In Diskussion stand ein Finanz- und Wirtschaftsentwicklungsprogramm zur Durchbrechung des Kreislaufes der Gewalt, was freilich Konsequenzen hätte auch in Bezug auf die neuen Republiken in der Sowjetunion (Weckung von Erwartungshaltungen).

Auflösung "Jugoslawiens" und Orientierung an einem Bund souveräner Kleinstaaten

Abkehr vom "alten" Jugoslawien, dafür gleichberechtigte Zusammenarbeit der Republiken als unabhängige Staaten unter Garantie der Minderheitenrechte. Vorübergehende Suspendierung der Bundesorgane, auf die im Falle einer Konföderation wieder zurückgegriffen werden könnte. Schritte der internationalen Gemeinschaft: Aberkennung des alten Jugoslawiens, Abzug der Botschaften, Kooperation mit den Republiken.

Die Bildung neuer Kleinstaaten (Bosnien, Serbien, Montenegro, Kroatien, Slowenien) und die Orientierung der internationalen Staatengemeinschaft auf diese neuen Einheiten würdemehr zur Stabilisierung des Balkans beitragen als die derzeitige EG-Politik (Österreich eingeschlossen), die auf eine Abtrennung Kroatiens und Sloweniens vom Restjugoslawien abzielt (Anerkennung, EG-Assoziierung) und damit das bereits bestehende ökonomische Nord-Süd-Gefälle verschärft und "alte" Kulturmauern (etwa gegenüber den Muslimen und Orthodoxen) reaktiviert bzw. verschärft. Nur die Kooperation auch mit den südlichen Republiken kann verhindern helfen, daß der Krieg sich in diese Region verlagert (etwa nach Bosnien).

Auflösung der Bundesarmee

Folgerichtig plädiert das Papier für eine Auflösung der jugoslawischen Bundesarmee. Nach erfolgtem Waffenstillstand sollte diese unter zivile Kontrolle eines aus den Republiken gebildeten und international unterstützten Gremiums gestellt werden, das auch die Demilitarisierung leiten soll. Ein (international unterstützter) Fond soll Renten und Umschulungsmaßnahmen für Armeeingehörige sicherstellen, um diesen das Verlassen der Armee zu ermöglichen.

Frage der Grenzziehungen

Vorgeschlagen wird eine Vereinbarung, die Frage der Grenzveränderungen für drei Jahre auszusetzen, dies würde zum einem Ängste bzw. neue Konfliktimpulse hintanstellen, um anderen Verhandlungen in Zukunft nicht ausschließen.

Die Rechte der Minderheiten in den Republiken sollen durch internationale Garantien gewährleistet werden analog den Bestimmungen des Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrags.

Friedensaktionen der zivilen Gesellschaft hätten zwar nicht den Einfluß, ein Kriegsende zu erzwingen, sie können aber Wege für Lösungen anbahnen und hiefür Bewußtsein schaffen, so die Einschätzung.

Einsatz von UNO-Einheiten.

In einer Club-2 Diskussion waren sich Vertreter jugoslawischer Antikriegs-Gruppen einig, daß zur Befriedung der Konfliktgebiete die internationale Präsenz von UNO-Einheiten notwendig sei. Das Warten auf einen umfassenden Waffenstillstand sei ein Zuschauen, argumentierte ein Zagreber Vertreter, er plädierte für einen sofortigen UNO-Einsatz, ohne daß diese Einheiten in Gefechte verwickelt werden müßten. Vorgeschlagen wurde auch eine Sperre des Luft- und Seeraumes für die Bundesarmee.

Der englisch-sprachige, inoffizielle Konferenzbericht liegt dem Friedensbüro vor